

1. **Auftraggeber:** Name: Deutscher Bundestag,- Verwaltung -  
Referat ZT 6, Vergaben  
Straße: Platz der Republik 1  
Ort: Berlin  
PLZ: 11011  
Telefon: +49 30-227-33234  
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de  
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2015-160-11-ZT5  
(bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) **Vertragsart:** Lieferauftrag
3. a) **Art und Umfang der Leistung:** Lieferung von Standkühlschränken  
Gegenstand des Vertrages ist die Lieferung von  
Standkühlschränken als Rahmenzeitvertrag.
- b) **CPV - Nr:**
- c) **Unterteilung in Lose:** nein  
(Neben Einzellosen können auch  
mehrere oder alle Lose angeboten  
werden)
- d) **Lieferort:** Deutscher Bundestag  
  
Askaniering 107  
13587 Berlin-Spandau  
oder  
Luisenstraße 35  
10117 Berlin.
- e) **Lieferfrist:** Beginn: 01.08.2015  
Ende: 31.12.2016
- Bemerkung zur Lieferfrist: Die Mindestabrufmenge beträgt 6 Stück. Die Lieferfrist beträgt beginnend ab dem Zeitpunkt des Abrufs durch die Auftraggeberin maximal vier Wochen.
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
- b) **Frist:** 17.06.2015 00:00:00
- c) **Schutzgebühr:** Nein
- Empfänger
- IBAN
- BIC-Code
- Geldinstitut
- Verwendungszweck
5. a) **Angebotsfrist:** 17.06.2015 12:00:00Uhr
- b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber
- c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)

6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine
7. **Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**  
Leistungsbeschreibung und Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).
8. **Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend
9. **Mindestbedingungen**(Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):
- a) k.A.
- b) k.A.
- c) k.A.
- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
  - Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den/die Unterauftragnehmer.
  - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
  - Angabe von zwei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen in den letzten drei Jahren. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Bei Angabe von mehr als zwei Referenzen werden nur die ersten zwei Referenzen berücksichtigt. Sollten die Referenzen durch die Präqualifizierungsangaben abgegeben werden, so werden die ersten zwei gewertet, es sei denn, es erfolgt im Angebotsvordruck eine konkrete Benennung der zu berücksichtigenden zwei Referenzen. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks).
  - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
  - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
  - Das angebotene Gerät muss alle in der Leistungsbeschreibung genannten Anforderungen zwingend erfüllen. Dies ist bei Angebotsabgabe durch Beifügung eines entsprechenden aussagekräftigen Produktdatenblattes nachzuweisen.
  - Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 60.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.
  - Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:
  - Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**10. Zuschlagsfrist/Bindefrist:** 28.07.2015

Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.

**11. Zuschlagskriterien:** Preis

**12. Nebenangebote/  
Änderungsvorschläge:** nicht zugelassen

**13. Sonstige Angaben:** Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei über die Vergabepattform des Bundes oder bei der Auftraggeberin, vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden.

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 10.06.2015 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.